ANTRAG

*Antragsteller*in:* *Mitgliederversammlung*

Tagesordnungspunkt: *16.3. Weitere Anträge*

A4NEU5: Religion an der Schule? Nebenfach!

Antragstext

Wir JUNOS Schüler:innen erkennen an, dass Religion vielen Menschen Sicherheit und Stabilität im Leben verleiht. Jedoch ist die Schule in erster Linie ein Ort der Wissens- und Wissenschaftsvermittlung, und in diesem Raum hat Religion deutlich in den Hintergrund zu rücken. Neben dem im Antrag "Extremismus an Schulen? Nicht mit uns!" beschriebenen Punkten fordern wir daher weitere Maßnahmen, die religiöse Feste sowie Rechtsnormen im Bezug auf Religion behandeln.

Im Schulunterricht wird sich oft noch auf religiöse Feste, wie etwa die Erstkommunion, vorbereitet. Wem die Teilnahme an und Vorbereitung von religiösen Festen wichtig ist, sollte sich dafür aus freien Stücken entscheiden und dies in der eigenen Freizeit tun, nicht aber im Unterricht.

- Wir fordern, dass die Teilnahme an religiösen Festen in Schulen ausschließlich auf freiwilliger Basis (Opt-In) erfolgt. Niemand soll zur Teilnahme verpflichtet werden; stattdessen müssen Schülerinnen und Schüler aktiv zustimmen, wenn sie an solchen Veranstaltungen teilnehmen möchten.

- Wir fordern daher ein Verbot von Vorbereitungen religiöser Feste in Schulen.

Auch religiöse Symbole in öffentlichen Schulen sehen wir als unangebracht an, diese stehen nicht im Einklang mit der Aufgabe des Staates & der Schule in

dieser Sache neutral zu bleiben.

- Wir fordern die Abschaffung & Abhängung von religiösen Symbolen in Klassenzimmern & Schulgebäuden.

Ebenfalls ist das Religionsbekenntnis der einzelnen Schüler:innen von keiner Relevanz für den Betrieb einer Schule. Dass diese Information auch noch auf Zeugnissen abgedruckt ist, grenzt an einen Skandal, zumal diese Zeugnisse als Vorlage bei bestimmten Institutionen wie Universitäten oder etwaigen Arbeitgebern dienen müssen und die Religionszugehörigkeit hier kein relevantes Kriterium sein darf.

- Wir fordern daher, dass das Religionsbekenntnis von Schüler:innen weder der Schulleitung noch sonstigen staatlichen oder schulischen Organen bekannt gegeben werden muss.

Manche der vorhergegangenen Forderungen lassen sich durch eine einfache Gesetzesänderung umsetzen, andere sind derzeit nicht umsetzbar, da der Staat Österreich ein Abkommen geschlossen hat, welche das österreichische Bildungssystem künstlich in seinem Handlungsspielraum begrenzen. Wir JUNOS Schüler:innen sehen nicht ein, warum Dritte über die Gestaltung des Bildungssystems bestimmen sollten.

- Wir fordern daher die Aufkündigung sämtlicher bildungsrelevanter Verträge, welche Schulen zu religiösen Praktiken oder religiösem Unterricht verpflichten.

Quelle:

https://eurydice.eacea.ec.europa.eu/eurypedia/france/fundamental-principles-and-national-policies

https://www.schulamt.at/wp-content/uploads/2019/01/Religionsunterrichtsgesetz.pdf